



An die hessischen Bundestagsabgeordneten der FDP:

Frau Mechthild Dyckmans
Herrn Dr. Wolfgang Gerhardt
Herrn Dr. Heinrich Kolb
Herrn Hans-Joachim Otto
Herrn Dr. Stefan Ruppert
Herrn Christoph Schnurr
Herrn Björn Sänger
Herrn Dr. Hermann Otto Solms

Cc:

Herrn Dr. Wolf Klinz, MdEP
Präsidium des Landesverbands Hessen, Herrn Vorsitzenden Jörg-Uwe Hahn
Kreisvorstand Hochtaunuskreis, Herrn Vorsitzenden Dr. Stefan Ruppert
Vorsitzende der Ortsverbände des Hochtaunuskreises

Friedrichsdorf, 14. Mai 2010

720 Mrd. Rettungsprogramm für den Euro

Sehr geehrte Frau Dyckmans, sehr geehrte Herren,

liberale Politiker wie Theodor Heuss, Walter Scheel oder Hans-Dietrich Genscher waren in den vergangenen sechs Jahrzehnten Garanten der deutschen und europäischen Einigung und Verständigung. Liberale Politik hat seit den fünfziger Jahren entscheidend dazu beigetragen, dass Deutschland und Europa zu den stärksten Wirtschaftsräumen der Welt geworden sind. Daher haben wir mit Sorge zur Kenntnis genommen, dass die „Rettungsaktion des Euro“ am vergangenen Wochenende die – soweit uns bekannt – uneingeschränkte Zustimmung der FDP-Mitglieder des Bundeskabinetts erfahren hat. Die Mitgliederversammlung der FDP Friedrichsdorf hat daher am 11. Mai 2010 den einstimmigen Beschluss gefasst, der Sorge über die mit der Rettungsaktion verbundenen wirtschaftlichen Konsequenzen für Deutschland und die EU Ausdruck zu geben und die hessischen Bundestagsabgeordneten der FDP aufzufordern, ihre Zustimmung im Bundestag zu

den Gesetzen, die die Brüsseler Beschlüsse umsetzen sollen, nur unter sehr restriktiven Bedingungen zu geben. Dies schließt die Bereitschaft ein, widrigenfalls die Gesetze abzulehnen.

Die einhellige Sorge der Mitglieder des FDP-Ortsverbands Friedrichsdorf umfasst im Einzelnen:

1. Die Garantie für Schulden von Euro-Staaten wird in Anspruch genommen werden.
2. Die Bereitschaft der Problemstaaten zu eigenen Anstrengungen, also schmerzhaften Haushaltskonsolidierungen, wird nur in dem Maße ausgeprägt sein, in dem sie dazu gezwungen werden.
3. Der Euro wird in seinem Außenwert sehr viel schwächer, was eine Inflationsspirale in Gang setzen wird. Inflation ist faktisch die fortdauernde Enteignung von Sparern.
4. Die Lasten hierfür trägt die arbeitende und steuerzahlende Bevölkerung in Deutschland und einigen anderen Staaten, und zwar voraussichtlich über mehr als eine Generation hinweg. Folge: höhere Steuern und Abgaben. Leistung wird sich nicht mehr lohnen!
5. Wenn Leistung sich nicht mehr lohnt, geht der Wohlstand zurück sowie die Fähigkeit und der Wille der Bevölkerung, in eine bessere Zukunft zu investieren.
6. Das Rettungspaket wird nicht strikt quantitativ und zeitlich beschränkt, sondern ist der Start einer dauerhaften Transferunion.
7. Das Euro-Rettungspaket ist der politische Versuch, gegen den Druck der Märkte zu regieren. Dies ist dauerhaft noch nie gelungen.
8. Sanktionen bei Verstoß gegen die Bedingungen der Inanspruchnahme des Rettungspaketes werden nicht automatisch wirksam, sondern sind auf EU-/Euroländer-Ebene verhandelbar und mehrheitsabhängig.

Das kann, das darf nicht das Ziel unserer FDP-Politik sein.

Der Ortsverband ist sich einig, dass die Sicherung der Zukunftsfähigkeit in Deutschland für die FDP Vorrang haben muss vor Koalitionstreue und der Furcht vor außenpolitischen Holperstrecken.

Das bedeutet nicht, dass sich die FDP der Teilnahme am politischen Prozess der Krisenbewältigung verweigern sollte. Ganz im Gegenteil erwarten wir von der FDP-Bundestagsfraktion sichtbare, vorausschauende und konstruktive Beiträge zur

Lösungsfindung. Dazu gehören unseres Erachtens folgende Punkte, die diskutiert werden müssen:

- Soweit Deutschland die Schulden anderer Staaten garantiert, setzt dies effektive Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Haushaltspolitik dieser Staaten voraus. Die staatliche Souveränität der Schuldnerstaaten darf nicht angetastet werden. Als Sanktion bleibt daher nur der Entzug von Rechten gegenüber der EU und den Garantiegebern. Als Rechte gegenüber der EU kommen Ansprüche auf Beihilfen und Fördergelder in Frage. Flankierend muss auch die Diskussion über ein Ruhen des Stimmrechts in der Kommission, im Europaparlament und anderen geeigneten Gremien zumindest in Fällen eines Interessenkonflikts erlaubt sein.
- Wenn einzelne EU-Staaten vorübergehend sehr viel mehr Geld ausgeben als einnehmen, können auch zeitlich begrenzte direkte Finanzhilfen aus Deutschland ein Zeichen der Solidarität sein. Diese wären für uns zwar schmerzhaft, aber immerhin überschaubar und befristet.
- Die EZB ist unabhängig und ihre Entscheidung, Staatsanleihen minderer Qualität anzukaufen, daher einer Korrektur durch Parlamente oder Regierungen nicht zugänglich. Eine Diskussion über die Aufgaben und Instrumente der EZB ist aber erlaubt und die, wohin der Ankauf von Staatsanleihen führen soll, notwendig. Sie hat durch die Entscheidung ihre laut Statut primäre Aufgabe der Sicherung der Geldwertstabilität in inakzeptabler Weise relativiert. Grundsätzlich bedeutet der Ankauf von Staatsanleihen das „Drucken von Geld“. Es stellt sich daher zwangsläufig die Frage, inwieweit sie damit ihre eigene Geschäftsgrundlage verlassen hat.
- Warum soll Griechenland „too big to fail“ sein? Ist ein Staat nicht auch nur ein Schuldner wie z.B. General Motors (die auch in ein Vergleichsverfahren ging und deren Annual Report 2007 Total Liabilities in Höhe von USD 184 Mrd auswies)? Der Fall Staatspleite kann doch wenigstens einmal in der öffentlichen Diskussion durchdekliniert werden, und warum nicht von der FDP?
- Wie kann es überhaupt sein, dass die Kredite deutscher Banken an den griechischen Staat das Eigenkapital dieser Kreditinstitute übersteigen? Erlauben die geltenden Vorschriften überhaupt eine solche Risikokonzentration? Wenn ja: sollte die FDP nicht unverzüglich für eine entsprechende Änderung der Vorschriften sorgen? Oder hat die

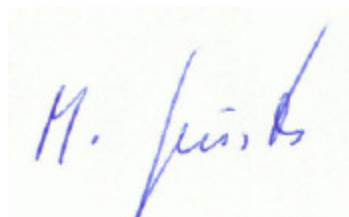
Bankenaufsicht versagt? Auch in diesem Fall sollte die FDP das Problem sichtbar benennen und Lösungen vorschlagen.

Nach unserem Verständnis ist es die Aufgabe der Bundestagsabgeordneten und der Regierung, ihre Entscheidungen zum Wohle Deutschlands zu treffen. Wir können auf der Basis der derzeit öffentlich zugänglichen Informationen nicht erkennen, dass das Rettungspaket diesen Anspruch erfüllt. „Leistung muss sich (wieder) lohnen!“ Wir zählen auf Sie, dass dies die Maxime unserer FDP-Politik ist und bleibt.

Mit freundlichen Grüßen



Evelyn Haindl-Mehlhorn
Ortsverbandsvorsitzende



Michael Geurts
Fraktionsvorsitzender